

Fragen

**für die Fragestunde der 61. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. September 2010**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	39, 47	Marks, Caren (SPD)	40, 41
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	18, 44	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 13
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	64, 65
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	67	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 55
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	32, 33	Nord, Thomas (DIE LINKE.)	21, 22
Duin, Garrelt (SPD)	26, 63	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 57	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 56
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	17, 23	Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52	Paula, Heinz (SPD)	49
Dr. Högl, Eva (SPD)	6, 7	Dr. Priesmeier, Wilhelm (SPD)	48
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	3, 4	Schieder, Werner (Weiden) (SPD)	16
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	19, 20	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	28, 29
Hönlinger, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 14	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	30, 31
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 58
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	10, 11	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	42, 43
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	34, 35
Lischka, Burkhard (SPD)	12		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	16
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	17

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter
Jerzy Montag
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche im Auftrag der Bundesregierung oder einzelner Bundesministerien in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten sprechen für und welche gegen die These, dass eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ohne Zustimmung des Bundesrates erfolgen kann?*)

2. Abgeordnete
Ingrid Hönlinger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern weigert sich die Bundesregierung, die rechtlichen Erwägungen, die ihren Beschlüssen vom 5. September 2010 zur Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken zu Grunde lagen, gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit offenzulegen (vgl. Bericht in DER TAGESSPIEGEL vom 23. September 2010; FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 24. September 2010)?**)

3. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viel hat die Bundesregierung für die beiden Rechtsgutachten der Professoren Dr. Hans-Jürgen Papier und Dr. Joachim Wieland zur Zustimmungsbedürftigkeit einer Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke bezahlt, und wie rechtfertigt die Bundesregierung diese Ausgabe angesichts der Tatsache, dass sie nun im Gesetzgebungsverfahren der übereinstimmenden Rechtsauffassung beider Gutachter zuwiderhandeln und die Zustimmung des Bundesrates nicht einholen möchte?

4. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Können für die Bundesrepublik Deutschland Schadenersatz- oder Entschädigungspflichten gegenüber den Betreibern von Atomkraftwerken entstehen, wenn eine ohne Zustimmung des Bundesrates beschlossene Laufzeitverlängerung später vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt wird?

5. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Hat aus Sicht des Bundesministeriums des Innern das gemeinsam mit dem Bundesministerium der Justiz verfasste Rechtsgutachten vom 1. Juni 2010 zur Zustimmungsbedürftigkeit einer Änderung des Atomgesetzes zur Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken weiter Gültigkeit?

*) Siehe hierzu auch Frage 13

**) Siehe hierzu auch Frage 14

-
6. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD)
- Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung es bisher nicht für erforderlich, bei den sogenannten Geodatendiensten (z. B. Google Street View) das vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz geforderte Widerspruchsregister und ein ausdrückliches Verbot der Profilbildung gesetzlich zu regeln sowie den Vorschlag des Bundesrates aufzugreifen, ein Gesetz über den Zugang zu und den Umgang mit Geodaten zu formulieren?
7. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen und zu gewährleisten, dass es für die Bürgerinnen und Bürger einen ausreichenden Schutz ihrer Privatsphäre und ihrer Daten bei Geodatendiensten und bei der Erhebung, Vorbereitung und Veröffentlichung von Geodaten gibt?
8. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat der Widerspruch der Bundesregierung hinsichtlich der Darstellung des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy nach dem Europäischen Rat am 16. September 2010, dass auch die Bundesregierung Abschiebungen von Roma beabsichtigt, auf die Rückführungspraxis von Roma und anderen Minderheiten aus Deutschland in das Kosovo?
9. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung innerhalb der Europäischen Union einerseits und im Europarat andererseits für die Rechte der Roma, insbesondere das Recht auf Nichtdiskriminierung, ein?
10. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung diskriminierender und feindseliger Einstellungen gegenüber Roma und Sinti in der Europäischen Union, und was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Antiziganismus in Deutschland zu begegnen?
11. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie viele Roma wurden seit 2009 gezwungen, Deutschland zu verlassen, und ins Kosovo abgeschoben, und warum ist die Bundesregierung nicht bereit, die Abschiebep Praxis für Roma zumindest auszusetzen, wie beispielsweise vom Hohen Flüchtlings-

kommissar der Vereinten Nationen, dem Europäischen Parlament sowie dem Kommissar für Menschenrechte des Europarates gefordert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

12. Abgeordneter
**Burkhard
Lischka**
(SPD)
- Plant die Bundesregierung für die Neuregelung des Sorgerechts nicht verheirateter Väter eine Widerspruchslösung, so dass ledige Väter künftig automatisch das gemeinsame Sorgerecht erhalten würden, oder eine Antragslösung, so dass Väter auf Antrag das Sorgerecht für ihr Kind bekommen können, und wann ist mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs für die Neuregelung des Sorgerechts zu rechnen?
13. Abgeordneter
**Jerzy
Montag**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es aus Sicht des Bundesministeriums der Justiz in irgendeiner Weise zu beanstanden, dass der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, im Auftrag der Bundesregierung ein Rechtsgutachten zu einer aktuellen verfassungsrechtlichen Frage erstellt und in einer Fachzeitschrift veröffentlicht hat (vgl. die Äußerung des Vorsitzenden der Fraktion der CDU/CSU, Volker Kauder, in der Passauer Neuen Presse vom 16. September 2010)?*)
14. Abgeordnete
**Ingrid
Hönlinger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat aus Sicht des Bundesministeriums der Justiz das gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern verfasste Rechtsgutachten vom 1. Juni 2010 zur Zustimmungsbedürftigkeit einer Änderung des Atomgesetzes zur Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken weiter Gültigkeit?**)
15. Abgeordnete
**Dorothea
Steiner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gab es zwischen Mitarbeitern der Bundesministerien der Justiz und des Innern im Zeitraum vom 1. Juni 2010 bis zum 5. September 2010 Arbeitstreffen mit dem Ziel, eine zwischen beiden Häusern abgestimmte Position zur Frage der Zustimmungsbedürftigkeit von Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke im Bundesrat zu entwickeln oder weiterzuentwickeln, und wenn ja, wann gab es diese Treffen?

*) Siehe hierzu auch Frage 1

**) Siehe hierzu auch Frage 2

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Werner Schieder
(Weiden)
(SPD)
- Nach welchem Schlüssel soll nach Ansicht der Bundesregierung die von ihr selbst auf europäischer Ebene vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer auf die einzelnen EU- bzw. Euro-Länder verteilt werden, und soll dafür die Erfassung der Umsätze an den jeweiligen Finanzplätzen gelten mit der Folge, dass der größte Teil des Aufkommens nur wenigen Ländern zufließen würde, oder soll ein anderer Verteilungsmaßstab angewendet werden?
17. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die unterschiedlich hohen Steuersätze im Gesetzentwurf für eine Luftverkehrssteuer für die touristisch besonders relevante Mittelmeerregion, und ist die Bundesregierung dazu bereit, insbesondere wegen der besonderen Beziehungen zu Israel die Flüge dorthin nicht höher als in die Nachbarstaaten zu besteuern?
18. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Werden Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenkasse in Zukunft in Höhe der tatsächlichen Zusatzbeiträge oder in Höhe des durchschnittlichen vom Bundesversicherungsamt berechneten Zusatzbeitrages bei der Einkommensteuer anrechenbar, und in welcher Höhe werden durch die Abschreibbarkeit der Zusatzbeiträge Steuermindereinnahmen jeweils für Bund, Länder und Kommunen entstehen, wenn die abschreibbaren Zusatzbeiträge 10 Euro, 50 Euro oder 100 Euro betragen?
19. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Finanznot der Kommunen die Gewerbesteuerfreiheit von selbständigen Einkünften und Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, auch vor dem Hintergrund der historischen Begründung bei Schaffung der Ausnahme aus dem Jahr 1937, wonach „Die Grundsätze des Nationalsozialismus [...] eine Herausnahme der freien Berufe aus der Gewerbesteuer [erfordern]“ (RStBl. 1937, S. 693), und welche steuerlichen Mehreinnahmen ergeben sich, wenn Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit und Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft auch der Gewerbesteuer unterliegen, bei einem einheitlichen Hebesatz von 400 Prozent?

20. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche steuerlichen Mindereinnahmen ergeben sich jeweils für die Jahre 2004 bis 2009, wenn das Kurzarbeitergeld nach § 32b Absatz 1 Nummer 1a des Einkommensteuergesetzes (EStG) nicht dem Progressionsvorbehalt unterliegt, und wie begründet die Bundesregierung den Widerspruch, dass zwar das Kurzarbeitergeld, obgleich es steuerfrei gestellt ist, die steuerliche Leistungsfähigkeit erhöhen soll, gleichwohl z.B. die steuerfreien 40 Prozent der Dividenden im Betriebsvermögen nach § 3 Nummer 40d EStG nicht dem Progressionsvorbehalt unterliegen, obwohl diese ebenfalls die steuerliche Leistungsfähigkeit erhöhen würden?
21. Abgeordneter
Thomas Nord
(DIE LINKE.)
- Welchen Standpunkt nimmt die Bundesregierung im Hinblick auf die Schaffung einer neuen Leitwährung ein, wie sie zum Beispiel in dem Gutachten des Internationalen Währungsfonds vom 13. April 2010 mit dem Ziel der Ablösung des Dollars als Leitwährung gefordert wird?
22. Abgeordneter
Thomas Nord
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des französischen Staatspräsidenten, dass die Vormachtstellung des Dollars überholt sei, bzw. beabsichtigt sie in diesem Zusammenhang eigene währungspolitische Vorschläge zu unterbreiten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

23. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Inwieweit hat sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit den anderen Bundesministerien vor der Erstellung eines ersten Entwurfs für den Bundeshaushalt 2011 dahingehend abgestimmt, welche Schwerpunktsetzungen der Tourismusförderung die anderen Fachressorts setzen, und welche Vorstellungen hat das Bundeswirtschaftsministerium dazu konkret eingebracht?
24. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung seit dem Steinkohlekompromiss 2007 zwischen Bund, Ländern, der RAG AG und der IG BCE und dem dort vereinbarten Ende der Steinkohlesubventionen bis 2018 in Deutschland konkret auf EU-Ebene unternommen, um dies EU-rechtlich abzusichern?

25. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die Genehmigung der Verlagerung von hochradioaktiven Brennelementen aus dem ehemaligen Forschungsreaktor in Rossendorf/Sachsen, die zz. in Ahaus lagern, nach Russland, und wie bewertet sie die Sicherheit der Lagerung in Russland?
26. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken berücksichtigt, dass die Marktmacht der vier großen Energiekonzerne auf Jahre zementiert wird, und welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung zur wettbewerbsneutralen Ausgestaltung der beabsichtigten Laufzeitverlängerung?
27. Abgeordnete
**Ingrid
Nestle**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Intensität wurde das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) am Entwurf des Energiekonzepts beteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

28. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt
(Eisleben)**
(SPD)
- Wie hat die Bundesregierung die Entschließung auf Bundestagsdrucksache 16/11234 (neu) umgesetzt und darauf hingewirkt, dass in nationalen Erhebungen, Studien und sonstigen Foren zum Thema Bildung Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf einbezogen werden, und sichergestellt, dass im nationalen Bildungspanel NEPS (National Educational Panel Study) im Rahmen des Programms zur strukturellen Förderung der empirischen Bildungsforschung in Deutschland Menschen mit Behinderung in einem deutlich größeren Umfang befragt werden, um empirisch gesicherte, aussagekräftige und vergleichbare Schlussfolgerungen über die Bildungserfolge dieser Gruppe ziehen zu können, sowie dafür Sorge getragen, dass im Rahmen einer Forschungsstudie die Frage der Chancengleichheit beim Übergang auf den Arbeitsmarkt von behinderten Kindern von Förderschulen gegenüber behinderten Kindern von einbeziehenden Regelschulen untersucht wird?

29. Abgeordnete
Silvia Schmidt (Eisleben)
(SPD)
- Beurteilt die Bundesregierung den derzeitigen Stand der Barrierefreiheit in den Liegenschaften des Bundes, insbesondere der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, als ausreichend, und wird die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten die Barrierefreiheit in diesen Liegenschaften zur Vermeidung von berufs- und belastungsbedingten chronischen Erkrankungen finanziell und ideell fördern?
30. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Programme und Projekte auf behindertenpolitischem Gebiet wurden bzw. werden in Weißrussland durch die Bundesregierung seit 2006 gefördert bzw. unterstützt (bitte jeweilige Maßnahme, Zeitraum, finanziellen Umfang, beteiligte Behindertenorganisationen und zuständige Bundesbehörde nennen)?
31. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Programme und Projekte auf behindertenpolitischem Gebiet wurden bzw. werden in Kasachstan durch die Bundesregierung seit 2006 gefördert bzw. unterstützt (bitte jeweilige Maßnahme, Zeitraum, finanziellen Umfang, beteiligte Behindertenorganisationen und zuständige Bundesbehörde nennen)?
32. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass die Neuausschreibung und Vergabepaxis der User-Helpdesk-Dienstleistungen der Bundesagentur für Arbeit zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Beschäftigten bei den beauftragten Dienstleistern (bzw. seinen Tochterfirmen oder dritten Beauftragten) führen, und inwiefern ist diese Entwicklung auf das Wirtschaftlichkeitskonzept der Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen?
33. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)
- Was war der Grund dafür, die User-Helpdesk-Dienstleistungen der Bundesagentur für Arbeit an externe Dienstleister zu vergeben, statt sie von der Behörde selbst zu erbringen, und wann werden die User-Helpdesk-Dienstleistungen neu ausgeschrieben bzw. vergeben?

34. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie viel Geld hat die Bundesagentur für Arbeit in den letzten zehn Jahren für die Beauftragung externer Call-Center-Dienstleister ausgegeben (bitte den Dienstleister, seine Beschäftigtenzahlen und Aufgabe nennen sowie aus welchem Haushaltstitel der Bundesagentur für Arbeit die Gelder bestritten wurden), und inwiefern wenden diese Dienstleister (bzw. Tochterfirmen bzw. von ihnen beauftragte Dritte) Tarifverträge der Tarifgemeinschaft Christliche Gewerkschaften Zeitarbeit und PSA (CGZP) und dem Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP) an?
35. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Haben die Firmen Computacenter/Sellbytel/Helpbycom sowie beauftragte Leiharbeitsfirmen, die für die Bundesagentur für Arbeit das User-Helpdesk betreiben, Gelder aus der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung erhalten, und wenn ja, um welchen Betrag handelt es sich dabei (bitte einzeln nach Unternehmen, Art der Fördermaßnahme mit dem entsprechenden Betrag aufführen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

36. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft die vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Gerd Müller in der Pressekonferenz am 14. September 2010 gemachte Aussage, dass die Bundesregierung die Verdopplung der deutschen Agrarexporte innerhalb von fünf Jahren zum Ziel hat, auch für die Exporte von Fleischprodukten zu?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

37. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des US-Generals David Petraeus, der in der „Bild“-Zeitung vom 21. September 2010 unter Hinweis auf die US-Bewunderer deutscher Schlachtfeldhelden aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und deren Tradition betont, dass die guten Teile dieser Tradition bewahrt würden und dass die deutschen Soldaten das Handwerk des Krieges beherrschten sowie dass der deutsche Kommandeur im Feld das Konzept der Auf-

standsbekämpfung jetzt verstanden habe, und hält die Bundesregierung – ggf. mit welcher Begründung – die Auffassung des US-Generals (ZDF-Interview, 29. August 2010) für richtig, dass die Bundeswehr auf Aktionen von zwei Einheiten der Bundeswehr (Task Force Kundus) stolz sein kann, die gegen die Aufständischen mit beeindruckendem Erfolg in Baghlan und nach und nach auch in Kundus durchgeführt werden?

38. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bestätigt die Bundesregierung, dass bei einer Zugriffsoption im September 2009 im Norden Afghanistans ein Dutzend vermeintliche Aufständische von der Bundeswehr (Task Force 47) festgenommen, in drei Hubschrauber ins PRT-Lager Kundus gebracht, dort vom frühen Morgen bis nach 19 Uhr abends festgehalten, durch den Feldnachrichtendienst der Bundeswehr vernommen bzw. befragt und danach nach Kabul geflogen und an afghanische Stellen übergeben wurden, und wie vereinbart sie solche Festnahmen durch die Bundeswehr mit ihrer Antwort zu den Fragen 16 und 17 auf Bundestagsdrucksache 17/2884 vom 6. September 2010 auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16. August 2010 auf Bundestagsdrucksache 17/2757, wonach Angehörige der Task Force 47 keine Personen in Gewahrsam genommen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

39. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung für die Weiterführung der Mehrgenerationenhäuser in den Landkreisen, und unter welchen Bedingungen ist die Fortführung der bisherigen finanziellen Unterstützung auch perspektivisch möglich?
40. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Trifft es zu, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) der MaschmeyerRürup AG einen Auftrag zur Ausgestaltung des Konzepts einer Familienpflegezeit erteilt hat, und wenn ja, welche konkreten Ergebnisse hat dieser Auftrag ergeben?

41. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Inwieweit hat das BMFSFJ die Ergebnisse der MaschmeyerRürup AG in die Ausgestaltung des Konzepts einer Familienpflegezeit einbezogen, und wenn ja, um welche Punkte handelt es sich dabei (bitte konkrete Angaben hierzu)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

42. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die im GKV-Finanzierungsgesetz geplante ungleiche Behandlung von Arbeitslosengeld-II- und Sozialhilfebeziehern bezüglich der Übernahme von Zusatzbeiträgen, und gibt es dafür sachliche Gründe jenseits der Zustimmungspflichtigkeit des Gesetzentwurfs im Bundesrat?
43. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Welche Mehrbelastungen werden den Kommunen durch die Pflicht zur Übernahme der Zusatzbeiträge von Sozialhilfebeziehern (bei Annahme eines durchschnittlichen Zusatzbeitrages von 10, 20, 30, 40, ..., 100 Euro) gegenüber der derzeitigen gesetzlichen Regelung (Erhöhung des allgemeinen Beitragssatzes bei Kostendeckung des Fonds von unter 95 Prozent) entstehen, und ist für sie ein Ausgleich vorgesehen?
44. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz, dass bei den Rabattverträgen für Arzneimittel ein „Stoßdämpfer“ benötigt werde, da „man als Hersteller ja keine Chance gegen eine große Krankenkasse“ habe (vgl. hierzu auch „Einladung zur Manipulation“ in DER SPIEGEL vom 20. September 2010), und wie begründet die Bundesregierung ihre diesbezügliche Auffassung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

45. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand der Vorbereitungen für die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes, und wann ist nach aktuellem Stand mit einem entsprechenden Beschluss der Bundesregierung über einen Gesetzentwurf bzw. mit der Einbringung in den Deutschen Bundestag zu rechnen?
46. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag keinen Bericht zur Bearbeitung des besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrages für Straßenbauprojekte im Straßenbauplan vorgelegt, und wie will sie der Begründung zum Fünften Fernstraßenausbauänderungsgesetz entsprechen, die fordert, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung dem Deutschen Bundestag so rechtzeitig berichtet, dass dieser das Ergebnis bei der Einstellung der Projekte in den Straßenbauplan als Anlage zum Bundeshaushalt berücksichtigen kann?
47. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Nach welchem Zeitplan soll das planfestgestellte Vorhaben Ortsumgehung (OU) Freiberg (B 101 OU Freiberg/West; Freiberg–Brand-Erbisdorf; B 173 OU Freiberg/Ost) realisiert werden, und wie wird die Finanzierungssicherheit für dieses Projekt nach Maßgabe des Investitionsrahmenplans 2010 beurteilt?
48. Abgeordneter
Dr. Wilhelm Priesmeier
(SPD)
- Mit welcher Begründung ist im Zuge der Bundesstraße 445 der Bau der Ortsumgehung Sebexen, dessen Finanzierung beim ersten Spatenstich im Jahr 2008 als gesichert galt, derzeit eingestellt, und wie wird seitens der Bundesregierung sichergestellt, dass trotz der eingetretenen Verzögerung die Verkehrsfreigabe wie geplant Mitte des Jahres 2012 erfolgen kann?
49. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD)
- Hält die Bundesregierung an der Absicht fest, die Stadt Friedberg in Bayern mit dem Bau einer Ortsumfahrung der Bundesstraße 300 („Nordumfahrung“) zu entlasten, wie dies mit der Einstufung des Projektes in den Bundesverkehrswegeplan als Vorhaben des Weiteren Bedarfs mit Planungsrecht vorgesehen ist, oder sieht sie eine Alternativlösung zur

- Entlastung des Ortes darin, dass stattdessen die B 300 im Streckenabschnitt zwischen den Autobahnausfahrten Dasing und Augsburg-West auf die A 8 gelegt wird, verbunden mit einer Herabstufung der bestehenden Bundesstraße 300?
50. Abgeordneter
Dr. Hermann Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Energiestandards sollen Neubauten und Sanierungen im Bestand ab 2011 und darüber hinaus nach den Planungen der Bundesregierung zu einer Vorbildfunktion bei der Reduzierung des Energieverbrauchs konkret erfüllen?
51. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung in Anbetracht der Reduzierung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms die Sanierungsquote wie angekündigt auf 2 Prozent steigern und auf diesem Niveau halten?
52. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wurden die Kosten in Höhe von 2 bis 2,4 Billionen Euro für die Sanierung aller Wohngebäude auf den Nullemissionsstandard bis 2050 berechnet, von denen das BMVBS nach einem Artikel der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ vom 13. September 2010 ausgeht, und wurden dabei auch die Kosten für die Gebäudeinstandhaltung eingerechnet?
53. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung das Gebäudesanierungsprogramm der KfW Bankengruppe auf 3 Mrd. Euro jährlich erhöhen, so wie es der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke, vorgeschlagen hat?
54. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Bundesregierung der Aussage zu, dass mit der Nutzung von Fördermitteln der KfW Bankengruppe für die energetische Gebäudesanierung die Mietkostenbelastung der Mieterinnen und Mieter nach energetischen Modernisierungen deutlich begrenzt werden kann, da staatliche Fördermittel nicht auf die Miete umgelegt werden können?

55. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung ohne den „Nullemission“-Standard im Gebäudebestand sicherstellen, dass der gesamte Gebäudebestand bis 2050 80 Prozent weniger klimaschädigendes Kohlendioxid als heute verbraucht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

56. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geplanten Maßnahmen zur Einhaltung des NH₃-Grenzwertes von 550 kt NH₃ ab 2010 gemäß der NEC-Richtlinie?
57. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Sicherheitsnachrüstungen und baulichen Ertüchtigungen fordert die Bundesregierung im Rahmen der geplanten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke genau für den Atomreaktor Brunsbüttel, und bis wann müssen diese Maßnahmen spätestens umgesetzt werden?
58. Abgeordnete
Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Sicherheitsnachrüstungen und baulichen Ertüchtigungen fordert die Bundesregierung im Rahmen der geplanten Laufzeitverlängerungen für AKW genau für den Atomreaktor Biblis A, und bis wann müssen diese Maßnahmen spätestens umgesetzt werden?
59. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich das BMU – sei es im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Sicherheitsanforderungen bzw. -maßnahmen in Verbindung mit Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke (vgl. Bundestagsdrucksache 17/1535, Frage 104) oder sei es auf anderem Wege – darum bemüht, Erkenntnisse darüber zu erlangen, inwiefern die von der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Laufzeitverlängerungen für AKW geplanten Sicherheitsanforderungen oder -maßnahmen in den 17 AKW bereits ganz oder teilweise umgesetzt sind, und falls ja, was waren die Ergebnisse?

60. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat eine verzögerte Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad (z. B. im Jahr 2019) in Verbindung mit den geplanten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke (AKW) für die Kapazitäten der AKW-Standort-Zwischenlager, und wie hoch ist der Einsatz von Kernbrennstoffen pro Megawattstunde Bruttostromerzeugung in den deutschen AKW (bitte möglichst exakte Darlegung)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

61. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie kann die Bundesregierung den Widerspruch auflösen, der sich aus den Aussagen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, in einem offenen Brief vom 18. September 2010 gegenüber dem Sänger der irischen Gruppe U2, Bono, wonach sich die Bundesregierung an die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP getroffene Vereinbarung gebunden fühlt, die Entwicklungszusammenarbeit künftig bilateral auszurichten, und dies einer weiteren Unterstützung wie in der Vergangenheit für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria entgegenstehe, und der Aussage der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Rede vor der VN-Generalversammlung am 21. September 2010, in der sie feststellt, dass gerade der Globale Fonds „ein multilaterales Instrument, das sich bewährt hat“, sei, ergibt, und wie ist darüber hinaus die Aussage der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Euro und Cent zu verstehen, „dass Deutschland den Fonds und die Bemühungen um eine Verbesserung der Gesundheitssituation insgesamt auch weiterhin auf hohem Niveau unterstützt“?
62. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet die Strategie der Bundesregierung aus entwicklungspolitischer Sicht für die anstehenden Verhandlungen um den EU-Haushalt für die Periode 2014 bis 2020 und die darin enthaltenen Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vor dem Hintergrund, dass die Entwicklungspolitik im von der Bundesregierung im Frühjahr 2010 verabschiedeten Positionspapier zur Weiterentwicklung der GAP nach 2013 eine sehr untergeordnete Rolle spielt, und wie ist dies mit den Grundsätzen der Politikkohärenz und der effektiven Verwendung von Steuergeldern zu vereinbaren?

63. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum deutschen Glücksspielvertrag (EuGH-Urteile vom 8. September 2010) auf die in der Zuständigkeit des Bundes liegenden Bereiche des gewerblichen Automatenspiels, das in der Gewerbeordnung bzw. Spielverordnung geregelt ist, und der Pferdewetten, die im Rennwett- und Lotteriegesetz geregelt sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

64. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Auf welcher Ebene und mit welchen Initiativen hat sich die Bundesregierung in die laufenden Friedensgespräche zwischen Israel und Palästinensern eingebracht?
65. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Mit welchen konkreten Initiativen wird die Bundesregierung das von der NPT-Überprüfungskonferenz 2010 bekräftigte Vorhaben zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten unterstützen, damit die für 2012 geplante UN-Konferenz zur Schaffung einer massenvernichtungsfreien Zone zu einem Erfolg wird?
66. Abgeordneter
**Omid
Nouripour**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Gründe der Verhaftung des deutschen Staatsbürgers Ismail Abdi in Syrien, und in welcher Form plant die Bundesregierung, sich für die Freilassung und Ausreise von Ismail Abdi zurück nach Deutschland einzusetzen?
67. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung zu welchem konkreten Zeitpunkt unternommen, damit die Europäische Kommission das von ihr angekündigte Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich wegen der gegen die Freizügigkeit verstoßenden Abschiebung von über 8 000 Roma schnellstens einleitet?

